

Elektrifizierung der Strecke nach Dagebüll

Gesundheit gefährdet? Oberleitung stößt auf Widerspruch der Anwohner

NIEBÜLL. Obwohl das Thema Oberleitung an der Strecke Niebüll-Dagebüll schon letztes Jahr durch die neg veröffentlicht wurde, kam der Protest jetzt erst hoch. Nina Barz, Anwohnerin aus Deezbüll, reichte im Namen der 20-köpfigen Bürgerinitiative auf der Stadtvertretung einen umfangreichen Fragenkatalog ein. Hintergrund: Die zukünftigen IC-Züge werden mit einer E-Lok in Niebüll ankommen. Ab Itzehoe müssen die Züge mit Dieselloks gezogen werden. „Aufgrund der digitalen Zugsteuerung kann das herkömmliche neg-Fahrzeugmaterial nicht die Weiterbeförderung eines Zugteils von Niebüll nach Dagebüll übernehmen: Die so genannte Traktion muss entweder durch eine neu zu beschaffende Diesellok oder eben elektrisch mit der mitgeschleppten Talgo-Lok erfolgen“, sagte letztes Jahr neg-Geschäftsführer Ingo Dewald. Die Kosten der zwei notwendigen Dieselloks für die neg-Strecke Niebüll-Dagebüll entsprechen einer Oberleitung inklusive der Gleise 1-3 des Bahnhofs Niebüll. Diese soll nun bald kommen. „Das Land unterstützt die Bemühungen der neg für die Elektrifizierung der Strecke und wird zunächst die



Contra Oberleitung: Nina Barz gehört zur Bürgerinitiative. Foto: Prenzel

Planungen finanzieren“, betonte Verkehrsminister Dr. Bernd Buchholz. „Es ist geplant, dass der elektrische Bahnbetrieb 2024/25 startet.“ Die neg hatte neulich Behörden und die Bürgermeister an der Bahnlinie über den vorläufig erarbeiteten Planungsstand informiert, die Bürger entlang der Bahnstrecke jedoch noch nicht. Diese befürchten nun unter anderem gesundheitliche Folgen durch Elektrosmog wie auch eine Wohnwertminderung ihrer Häuser. Der Elektrosmog der Bahn könne sich besonders gravierend auf das Nervensystem des Menschen auswirken. Häufig beobachtete Symptome

sind Schlaflosigkeit, Nervosität und das Nachlassen der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit. Die einmalig schöne Ansicht der Deezbüller Reetdachhaussiedlung sei ebenfalls dahin. „Wir sind nicht zuständig“, sagte Bürgermeister Wilfried Bockholt. Das Amt Planfeststellung Verkehr (APV) muss über einen Antrag auf Entfallen der UVP-Pflicht entscheiden. Der Fragenkatalog wird nun über den Bürgermeister nach Kiel weitergeleitet. Im großen Ganzen ist das Thema in trockenen Tüchern. Nach dem jüngsten Eisenbahnplanungsrecht ist bei einer Strecke unter

15 km ein Feststellungsverfahren nicht nötig. Ein Investitionsbeschleunigungsgesetz bewirkt, dass es nicht zwangsläufig eine Umweltverträglichkeitsprüfung geben muss. Ein Faktum, das auch schon den Bürgern in Galmsbüll sauer aufstieß. „Letztlich ist unklar, wie die CO2-Bilanz am Ende aussieht, wenn man die Baumaßnahmen gegen den Dieselverbrauch rechnet“, so Nina Barz.

„Die neg ist offen und gesprächsbereit, wie bereits im Sommer direkt nach dem Ministerbesuch, auch weiter direkt von Bürger:innen angesprochen zu werden! Das, was bei uns einging, war alle Mal berechtigt und stand auch in keinem Widerspruch, sondern größtenteils auf dem planerischen Prüfplan. Nur ist der eben bei weitem noch nicht abgearbeitet. Das neue Planrecht ist Neuland, die Planung dadurch erst einmal nicht einfacher. Unser Anspruch ist es, den Bürger:innen etwas Konkretes berichten zu können - das ist in Abhängigkeit vom Planungsstand. Dazu wird es vor den Sommerferien noch ein geeignetes Format geben. Geplant ist eine Info-Veranstaltung in Form einer Webkonferenz“, verspricht Ingo Dewald. (pre)